

An die Medienschaffenden

Bern, 7. Juni 2020

Medienmitteilung

Die Wärmewende ist machbar – CO₂-Gesetz bringt sie auf Kurs

Familie Schweizer heizt heute immer noch hauptsächlich mit Öl und Gas. Wollen wir die Klimaziele der Schweiz erreichen, muss sich das ändern. Eine neue Studie der Wirtschaftsallianz «Wärmeinitiative Schweiz» zeigt, dass ein kompletter Ausstieg aus der fossilen Wärmeversorgung bis 2050 möglich und finanzierbar ist. Die Wärmewende kann gelingen, wenn die Rahmenbedingungen entsprechend gesetzt werden. Das aktuell im Parlament diskutierte CO₂-Gesetz geht in die richtige Richtung.

50% des Schweizer Endenergieverbrauchs wird für die Produktion von Wärme aufgewendet, 80% davon entfallen auf fossile, nicht erneuerbare Quellen¹. Die Wärmeinitiative Schweiz (WIS), ein Zusammenschluss von Verbänden und Unternehmen der Wirtschaft der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz hat eine gross angelegte Studie in Auftrag gegeben, die zeigt, wie eine vollständige Dekarbonisierung des Wärmesektors bis 2050 gelingen kann. Unabhängig davon, ob die politischen Rahmenbedingungen mehr auf Anreize oder auf Vorschriften setzen – in beiden Szenarien ist die vollständige Umstellung auf eine erneuerbare und CO₂-neutrale Wärmeversorgung in der Schweiz möglich. Bei beiden Szenarien ist ein ähnlicher Technologie- und Energiemix erforderlich. Dabei kommt nebst der Effizienzsteigerung auf allen Ebenen vor allem dem Wechsel von fossilen auf erneuerbare Energien eine hohe Bedeutung zu. Ein solcher Wechsel ist in den meisten Bereichen (Haushalte, Industrie, Gewerbe) kosteneffizient umsetzbar.

Effizientere Gebäude und ein breiter Technologiemix sind gefragt

Die Schweiz verbraucht aktuell rund 120 TWh Energie für Wärme. Die Autoren haben errechnet, dass sich der Energiebedarf dank Energieeffizienz-Massnahmen wie Gebäudeerneuerungen, Ersatz- und Neubauten sowie Dämmvorschriften auf 90 – 100 TWh reduzieren lässt. Die Analysen der Studie zeigen, dass die Schweiz ein Potenzial von mindestens 100TWh thermischer erneuerbarer Energie hat. Bei den Haushalten stellen effiziente elektrische Wärmepumpen den grössten Anteil an der Wärmeversorgung. Bei den Dienstleistungsgebäuden, also Bürogebäuden, übernehmen Nah-, Umwelt- und Fernwärme den Löwenanteil der Wärmeversorgung. In der Industrie dagegen stammt die Wärme in einer erneuerbaren und CO₂-neutralen Zukunft aus Nah- und Fernwärme sowie dem Wechsel auf Biogas und direkte Stromanwendungen. Letzteres führt auch zu einer erhöhten Stromnachfrage, die sich aber über den Zubau an Photovoltaik, die Nutzung von WKK-Anlagen auf Basis von Biomasse, die Optimierung von Speicherkapazitäten sowie den Import von Windstrom bereitstellen lässt. Betrachtet man alle drei Sektoren gemeinsam, zeigen die Szenarien deutlich: Sämtliche erneuerbare Energieträger sind nötig, um das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Keine der Technologien dominiert deutlich. Keine steuert mehr als 20% zur Deckung der Wärmenachfrage bei.

Finanzierbare Wärmewende

Die Dekarbonisierung des Wärmemarktes führt in der Übergangsphase 2020 bis 2050 netto zu direkten und indirekten Kosten von jährlich rund 1.5 Mrd. CHF. Darin enthalten sind nicht nur die direkten Investitionen, sondern auch die Aufwendungen bei den Netzen, bei der Speicherung und im Industriesektor. Diese

¹ Gesamtenergiestatistik BFE 2018, Statistik der erneuerbaren Energien BFE 2017

Vollkostenrechnung berücksichtigt demnach alle direkten und indirekten Effekte. Für die Wirtschaft als Ganzes bringt die Dekarbonisierung des Wärmemarktes eine Zunahme der Wertschöpfung. Die Anzahl der Beschäftigten nimmt in beiden Szenarien insgesamt um gut 4000 Vollzeitäquivalente zu.

Neues CO₂-Gesetz stellt die Weichen richtig

Die Wärmewende ist machbar und wirtschaftlich tragbar. Damit sie gelingen kann, müssen auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene verschiedene Massnahmen und Instrumente beschlossen werden. Das neue CO₂-Gesetz, wie es aktuell im Parlament diskutiert wird, geht in die richtige Richtung. Längerfristig sind aber weitere Massnahmen notwendig. So empfehlen die Autoren eine schrittweise Erhöhung der CO₂-Abgabe bis 2030 auf 300CHF/t CO₂. Diese Erhöhung soll an ein vorausschauendes Verbot fossiler Heizungen gekoppelt werden. Das Gebäudeprogramm und damit die finanzielle Förderung von Massnahmen an der Gebäudehülle und in der Gebäudetechnik soll weiter ausgebaut werden. Die Energieeffizienz von Gebäuden gilt es weiter zu steigern. Die günstigste Wärme ist und bleibt immer noch die eingesparte. Den Kantonen und Gemeinden empfehlen die Autoren ihre Energiekonzept-Planungen konsequent auf das Netto-Null Ziel auszurichten und diese verbindlich auszugestalten. So können die wichtigen Grundlagen für den Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen geschaffen werden. Thermische Netze sind dort, wo sie verfügbar sind, zentral für die Dekarbonisierung des Wärmesektors. Mit Massnahmen wie rollierenden Fonds, zinslosen Darlehen oder Investitions- und Risikogarantieren können Kantone den Ausbau weiter fördern.

Weitere Informationen sowie die Studie finden Sie auf der Website www.waermeinitiative.ch.

Kontakt:

Für die Wärmeinitiative Schweiz

Stefan Batzli

Geschäftsführer AEE SUISSE

stefan.batzli@aeesuisse.ch

079 420 46 66

Christoph Schär

Direktor Suissetec, Vorsitzender Wärmeinitiative Schweiz

christoph.schaer@suissetec.ch

079 393 60 50

Für die Studienautoren

Martin Jakob

TEP-Energy

martin.jakob@tep-energy.ch

079 691 16 28

Über die Wärmeinitiative Schweiz

Die Wärmeinitiative Schweiz ist eine Allianz aus Verbänden und Unternehmen mit der gemeinsamen Vision den Wärmesektor der Schweiz bis 2050 kompletter CO₂-frei und erneuerbar zu gestalten. Die WIS agiert dabei stets technologieneutral und im Sinne des gesamten nachhaltigen Wärme- und Kältesektors und sie orientiert sich an den langfristigen energie-, klima- und ressourcenpolitischen Zielen der Schweiz. Dazu zählt auch eine Reduktion des Wärmebedarfs bis 2050 durch gezielte Effizienzmassnahmen.

Über die AEE SUISSE

Die AEE SUISSE vertritt als Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz die Interessen von 31 Branchenverbänden und 15'000 Unternehmungen und Energieanbietern aus den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Ihr Ziel ist es, die Öffentlichkeit und Entscheidungsträger/-innen zu informieren, für eine nachhaltige Energiepolitik zu sensibilisieren und sich aktiv an der Gestaltung der wirtschaftlichen und energiepolitischen Rahmenbedingungen auf nationaler und regionaler Ebene zu beteiligen.